

Kampf gegen Gebührenerhöhungen

Die Unterschriftensammlung für die Petition «Nein zu Gebührenerhöhungen» wurde am 31. Mai offiziell abgeschlossen. Mehr als 1111 Unterschriften wurden am selben Tag dem Stadtrat Urs Raschle und dem Stadtschreiber Martin Würmli übergeben.

SVP Mit der Petition konnte ein starkes Zeichen gegen die diversen Gebührenerhöhungen, die der Stadtrat von Zug lanciert hat, gesetzt werden. Breites Unverständnis hat die Bevölkerung vor allem kundgetan, weil die Stadt Zug nur vor wenigen Wochen einen phänomenalen Rechnungsgewinn von 20 Millionen Franken verkündete und gleichzeitig flächendeckend und massiv die Gebühren erhöhen wollte. Entsprechend wurde das Engagement der SVP in der Bevölkerung breit geschätzt, dies akzentuierte sich auch dadurch, dass viele Politiker von links bis rechts die Petition unterschrieben haben.

Breit abgestützter Protest
Grosses Unverständnis herrschte nicht nur beim Bürger auf der Strasse, sondern auch beim Gewerbe in der Stadt Zug, diverse Ladenbesitzer, Restaurateure und weitere Klein- und mittlere Unternehmen (KMU) in der ganzen Stadt Zug haben mit ihrem Personal zusammen die Petition unterschrieben, und damit gegen die übertriebenen Gebührenerhöhungen des Stadtrates von Zug protestiert. Die Devise ist nun klar, die Gebühren sollen nicht erhöht werden. Drei von vier Gebührevorlagen wurden im Stadtparlament unter Federführung der SVP bereits bachab geschickt, die Petition, welche die SVP vor der Ratsdebatte lanciert hatte, hat dabei bereits ihre Wirkung gezeigt. Übrig bleibt die letzte vierte Vorlage, wo der Stadtrat von Zug in eigener Kompetenz die Gebühren massiv erhöht. Von diesen Gebührenerhöhungen muss nun abgesehen werden, und die SVP Stadt Zug fordert den Stadtrat vehement auf, Flagge

zu zeigen und diese Gebührenerhöhungen rückgängig zu machen.

Missachtung des Volkswillens

Es kann nicht sein, dass der Stadtrat in eigener Kompetenz die Parkgebühren verdoppelt, obwohl 2008 durch einen Volksentscheid eine Parkgebührenerhöhung mit 62.5% verworfen wurde. Ebenfalls geht es nicht an, dass nach dem im Jahr 2011 mit 51% in der Stadt Zug abgelehnten Gebührengesetz ein zweiter Volksentscheid durch den Stadtrat in krasser Weise missachtet wird. Wenn der Stadtrat die demokratischen Gepflogenheiten ernstnimmt, dann zieht er die geplanten Gebührenerhöhungen zurück und anerkennt den Protest, welchem mit 1111 Unterschriften und mehr Ausdruck verliehen wurde. Andernfalls stellt sich der Stadtrat von Zug gegen Volk und Parlament, dass in diversen Abstimmungen und mittels dieser Petition ganz klar sagt, dass es nicht der Zeitpunkt für Gebührenerhöhungen ist. PD/FF

LESERMEINUNGEN

Günstiger Bauen im Wiesental

Die Alternative – die Grünen Baar unterstützt Investitionen in die Bildung. Gut ausgebildete und motivierte Lehrpersonen; eine Schule, welche die Kinder zu selbstständigen Personen fördert – das alles kostet Geld. In Baar wird aber zu viel Geld in den «Bildungsbeton» investiert; andernorts werden Schulhäuser weit billiger gebaut. Für das neue Schulhaus Wiesental rechnet der Gemeinderat mit rund 86 Millionen Franken. Die Alternative – die Grünen Baar stellt zum Planungskredit Wiesental daher

den Zusatzantrag, dass die Planung des Neubaus auf 70 Millionen Franken Gesamtkosten auszurichten sei. Ansonsten beantragt die Alternative – die Grünen Baar Ablehnung des Planungskredits. Wir wollen keine «carte blanche» für überrassene Baukosten. Die Alternative – die Grünen Baar stimmt der Rechnung 2016 zu. Ein Abschluss, der bei einem Gesamtvolumen von 136 Millionen Franken aber um fast 22 Millionen Franken daneben liegt, lässt einige Fragen offen: Wurde bewusst zu pessimis-

tisch budgetiert? Waren die Abstriche bei Vereinen oder der Kultur wirklich nötig? Die Gemeinde Baar muss ihre Angestellten gut entlohnen, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu sein; die Streichung der Familienzulagen, wäre falsch. Wir erwarten vom Gemeinderat zudem einen substanziellen Beitrag zugunsten der Solidarität mit benachteiligten Menschen im Kanton, in der Schweiz und in der Welt.

Anna Lustenberger-Seitz Präsidentin Alternative – die Grünen Baar

Logik vor Herz?

«Auslandhilfe ist Sache des Bundes», argumentierten SVP und fast alle Fraktionsmitglieder der FDP letzte Woche im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Aus diesem Grunde sei es logisch, dass man vom grossen Rechnungsüberschuss der Stadt (dem 5. grössten der letzten 20 Jahre) keinen Rappen für humanitäre Hilfe im Ausland auf die Seite legen solle. Auf den ersten Blick leuchtet das ein: Der Bund finanziert die Auslandhilfe, die Gemeinden haben andere Aufgaben. Doch genau dieselben Parteien haben im Nationalrat den Antrag gestellt, die bereits schon leicht gesunkene Entwicklungshilfe für die nächsten vier Jahre um weitere 44,4 Millionen zu kürzen. Ihre Logik ist also eher ein Feigenblatt für Knausrigkeit.

Wäre es auf der anderen Seite nicht auch logisch, dass die Stadt Zug ein Minimum des Überschusses, der zu einem grossen Teil aus Geldern kommt, die eigentlich in einem anderen Land hätten versteuert werden müssen, für Hilfe an verarmte Menschen, Kriegs- oder Dürreopfern auf der ganzen Welt auf die Seite legen würde? Wäre es nicht auch logisch, möglichst viel Geld für Hilfe vor Ort aufzuwenden, und damit die Flüchtlingsströme zu unterbinden? Doch Logik allein kann uns Politikern nie genügen, sonst müssten

wir das Feld Computern überlassen, die mit Algorithmen uns Menschen hoch aus überlegen sind. Unsere Stärken sind Ethik, Moral und Empathie. Bei keinem Entscheid eines Parlamentariers dürfen sie fehlen.

Trotz allem hat es noch (teilweise) geklappt. Eine hauchdünne Mehrheit des GGR stimmte dem Vorschlag des Stadtrats zu, aus dem 20 Millionen-Überschuss 250'000 Franken für Hilfeleistungen im Ausland auf die Seite zu legen. Das ist neben dem Nichts vom letzten Jahr der kleinste Beitrag in zwanzig Jahren. Unser Antrag, ihn zu verdoppeln, hatte keine Chance.

Doch als der Stadtrat 18,5 Millionen des städtischen Überschusses im freien Eigenkapital «versorgen» wollte, war Schluss mit der Logik der Bürgerlichen. Sie bestimmten, dass der Betrag der Steuerausgleichsreserve zugeteilt werden soll. Dort «schlafen» nun rund 120 Millionen und sind blockiert. Diese zum Bersten volle Kasse darf nur angezapft werden, wenn zu magere Steuereinkünfte zu roten Zahlen in der Stadt führen. Der finanzielle Spielraum für Investitionen, die Konditionen zur kurzfristigen Geldaufnahme werden durch diesen Entscheid massiv eingeschränkt. Wollen wir das?

Monika Mathers-Schregenberg, Gemeinderätin Oberwil

Stinkquartier Hünenberg-See

Mit Interesse habe ich Ihre Berichterstattung über die nicht erklärbaren Gerüche im Bereich der Dersbachstrasse (telsearch.ch) gelesen. Betrachtet man die entsprechenden Karten und Luftbilder fallen zwei Besonderheiten der speziellen Lage auf: Im Westen gibt es nur an dieser Stelle keine Bebauung. Im See gibt es gerade hier einen grösseren Bereich, der im Luftbild extrem hell, fast weiss erscheint und somit entweder auf sehr geringe Wassertiefe und /oder auf Besonderheiten des Seebodens hinweist. Daher die Theorie: Im See gibt es an dieser Stelle Besonderheiten der Flora oder Fauna, die die Gerüche entstehen lassen. Bei Windstille entsteht aufgrund der fehlenden Bebauung im Westen speziell an dieser Stelle eine schwache inländische Luftbewegung, die die Gase bei Ehepaar Erismann vorbeiführt. Dies ist eine Idee. Eine natürliche Ursache würde auch die wohl geringe Auskunftsfreudigkeit der Nachbarschaft und Behörden in Hinblick auf den Wert der Immobilien erklären.

Thomas Kubitscheck, Baar

■ **Möchten Sie unseren Politikern mal die Meinung geigen? Sagen Sie, was Sie denken und schreiben Sie uns per Mail an: redaktion@zugerwoche.ch**
Mit Zusendung Ihrer Meinung treten Sie alle Rechte an den Verlag ab, welcher dann entscheidet, ob diese publiziert wird und wenn ja, in den Onlinemedien und Print.

Sparpolitik führt zu Gebührenerhöhungen

Von Zari Dzaferi

Als Baarer versuche ich mich eigentlich nicht in die politischen Prozesse anderer Gemeinden einzumischen. Dennoch hat mich eine kürzlich eingereichte Petition zum Nachdenken und notabene Schreiben angeregt.

SP Bekanntlich reichte die SVP Stadt Zug 1100 Unterschriften gegen höhere Gebühren im Bereich der öffentlichen Nutzung ein. Dass «die Leute sehr bereitwillig unterschrieben», wie dies ein SVP-Gemeinderat ausdrückte, ist nicht verwunderlich. Wer möchte für staatliche Leistungen noch tiefer in die Tasche greifen, wenn sie/er schon Steuern zahlt. Eine Analyse unserer Finanzpolitik der letzten Jahre zeigt, warum Gebühren erhöht werden. Im gesamten Kanton wurde der Sparhebel angesetzt. Als Zuger Kantonsrat sowie als aktiver Teilnehmer der Gemeindeversammlungen in Baar kam ich mir manchmal vor, als wären wir das neue «Griechenland».

Anstatt jeden Sparantrag durchzuwinken, plädierte ich eher für eine massvolle Steuererhöhung. Das ist in meinen Augen ehrlicher, als den Rotstift kräftig anzusetzen und sich anschliessend über höhere Gebühren aufzuregen. Dass unser Staat nicht gratis ist, liegt für uns alle auf der Hand. Entweder müssen also staatliche Leistungen gestrichen oder entsprechend finanziert werden. Sind die Steuererträge zu tief,



Zari Dzaferi, SP-Kantonsrat, Baar. z.Vg.

werden gezwungenermassen andere Geldquellen angezapft. Und folglich Gebühren erhöht. Das ist so klar wie Brunnenwasser.

Ich möchte nicht erneut gegen die SVP schiessen. Aber es ist schon widersprüchlich, wenn gerade jene Partei, die in den letzten Jahren im Bereich «Sparen» dermassen den Ton angegeben und die stramm bürgerlichen Parteien (CVP, FDP und GLP) ebenfalls in diese Richtung bewegt hat, nun gegen höhere Gebühren wettet. Denn die höheren Gebühren sind eine Folge der im Kanton Zug ausgebrochenen Sparhysterie.

Aber ich bin und bleibe ein Idealist und erhoffe mir, dass die nächsten, zum Teil bereits in der Pipeline stehenden Sparübungen kritischer angeschaut werden. Insbesondere von jenen, die sich nun über höhere Gebühren aufregen.

Hoffen auf Heinz Tännler

Von Philip C. Brunner

Ich hoffe sehr, dass Heinz Tännler 2018 wieder für eine vierte Amtsperiode antritt – alles andere wäre für die Finanzen des Kantons Zug sehr beunruhigend.

SVP Im Wahlkampf 2006 schrieb ich einen Leserbrief mit dem Titel «Welcome back Heinz Tännler!» – es ging mir damals darum, dass wir dringend einen Macher in den Regierungsrat bräuchten, der die damaligen Herausforderungen anpacken würde. In der Tat wurde Tännler im Herbst 2006 als Nachfolger von H.B. Uttinger in die Zuger Regierung gewählt. Er übernahm ab 1.1.2007 die schwierige Baudirektion. Mit grossem Engagement ging er ans Werk pendente Projekte abzuschliessen und Neues aufzugleisen. In den folgenden Jahren wurde u.a. die stark vernachlässigte Strasseninfrastruktur ertüchtigt. Am 1.3.2016 übernahm er nach über zehn Jahren das wohl schwierigste Amt, das der Kanton zurzeit zu vergeben hat; die Finanzdirektion. Aufgrund der Finanzkrise und dem gefräßigen NFA-Monster waren die kantonalen Finanzen abrupt in eine dramatische Schifflage geraten. Wieder packte Tännler mit aller Kraft an und forderte den Kantonsrat mit einer Vorlage um die andere heraus. Schade, dass das Zuger Stimmvolk Ende 2016 das EP II-Sparpaket mit einem Entlastungspotenzial von CHF 40 Mio. knapp ablehnte. Wenige Woche später lehnte dann noch das Schweizer Volk die USR III, welche dem Kanton Zug zusätzlich CHF 60 Mio. in die Kasse gespielt hätte, wuchtig ab.



Philip C. Brunner, SVP Kantonsrat z.Vg.

CHF 100 Mio. in wenigen Wochen einfach weg! Kaum ein Regierungsrat hat gleichzeitig eine derartige Anzahl an Geschäften in Arbeit: laufendes Entlastungsprogramm I (EP 15-18), Sparpaket 2018, Budget 2018, Finanzplan 18-22, Finanzen 2019, Projektauftrag ZFA-Reform, NFA Steuerungsausschuss, Finanzhaushaltsgesetz (FHG), eidg. Steuervorlage 17 der FdK und zukünftig folgt bald die Revision des Zuger KB-Gesetzes, die angedachte Steuererhöhung (82% auf 86% (CHF +50 Millionen)). Vom Amt für Informatik und Org. (AIO) nicht zu reden. Wir Zuger können uns glücklich schätzen, dass dieser Regierungsrat wie schon ab 2007 die strukturellen finanziellen Herausforderungen anpackt. Dafür gebührt ihm an dieser Stelle einmal unsere Hochachtung und unser grosser Dank. Ich hoffe sehr, dass er 2018 wieder für eine vierte Amtsperiode antritt – alles andere wäre für die Finanzen des Kantons Zug sehr beunruhigend und ich sehe gar niemanden, der dieser Aufgabe besser gewachsen wäre.